

Empört Euch! Wir brauchen eine Soziale Reformation!

Werner Meixner
TU München, meixner@in.tum.de

Juni 2017

Als Deutscher wurde er im Oktober 1917 in Berlin geboren, als Franzose starb er fünfundneunzig Jahre alt in Paris. Stéphane Hessel verkörperte deutsch-französische Geschichte, überlebte das europäische Inferno im zwanzigsten Jahrhundert und kämpfte zeitlebens für soziale Werte, die heute gerne die „Westlichen“ genannt werden und die den Kern der universalen Menschenrechte bilden. Hessel arbeitete als Mitglied der UNO-Menschenrechtskommission an der Formulierung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, die am 10. Dezember 1948 in Paris von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde.

Das „Gewissen des Westens“ wurde er genannt. Und dies versteht, wer seinen Aufsatz „Empört Euch!“ kennt, in dem er sich an die Jugend Europas mit dem Aufruf wandte, Widerstand gegen den Finanzkapitalismus zu leisten, der als Speerspitze einer neoliberalen Gesellschaftsrevolution im beginnenden 21sten Jahrhundert das gesamte Fundament der europäischen sozialen und demokratischen Errungenschaften der Nachkriegszeit zu zerstören droht. Und Hessel rief auf, Widerstand zu leisten gegen jene politischen Rückschritte, in denen die politischen Lehren aus den Katastrophen der ersten Hälfte des 20sten Jahrhunderts zunichte gemacht werden sollen, nämlich der soziale Ausgleich durch den New Deal in Amerika, die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik und insbesondere die Substanz der universellen Menschenrechte. Dabei lassen sich zwei Stoßrichtungen der Rückschritte erkennen: zum einen zielen sie auf die Beseitigung des Sozialstaats und die Privatisierung öffentlicher Güter. Zum anderen wird mittels elektronischer Vernetzung aller Geräte in der Umgebung der Bürger zunehmend die Überwachbarkeit und das Eindringen in die intimste Privatsphäre der Menschen betrieben. In beiden Fällen findet eine massive Enteignung der Bevölkerung statt, einerseits durch Umverteilung von Vermögen und andererseits durch Enteignung privater Daten; diese Rückschritte seit den 1990er Jahren sind Inbegriff der sogenannten „neo-digitalen Revolution“.

Stéphane Hessel empörte sich: „Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten der sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld dafür fehlen, da doch der Wohlstand so viel größer ist als zur Zeit als Europa in Trümmern lag?“ Und man wagt dies zu sagen, obwohl die Steuerflucht durch Verlagerung von Vermögen bzw. Gewinnen ins Ausland, der Steuerbetrug durch Cum/X-Geschäfte, die Steuergeschenke durch steuerliche Freistellung der Un-

ternehmensveräußerung, die sonstigen Milliarden schweren Steuererleichterungen für Unternehmen im Rahmen der Agenda 2010 und der kriminelle Bankrott der Casino-Finanzwirtschaft mit nachfolgender Erpressung des Steuerzahlers, den Staat in summa Hunderte von Milliarden Euro gekostet haben und noch kosten werden.

Aber Empörung allein reicht auf Dauer nicht. Dies wusste auch Hessel. Der Empörung muss Engagement folgen, welches sich mit Widerstand verbindet. Engagierter Widerstand setzt aber ein Minimum von Wissen und Verstehen der historischen Zusammenhänge politischer Vorgänge voraus. Und damit ist nicht eine einseitig indoktrinäre Bildung gemeint, sondern jene kritische Urteilsfähigkeit, die Abstand hält zu jeder Art von Nachrichten, bevor sie nicht aus verschiedenen Quellen bestätigt werden kann, und die davon ausgeht, dass Medien Propaganda verbreiten, um bestimmte Wirkungen zu erzielen. Die allermeisten Nachrichten der heutigen Medienwelt sind „moderierte Nachrichten“, d.h. bloße Meinungen, die jemand mutmaßlich haben könnte, von konstruierten Falschmeldungen einmal abgesehen. Das mündige Denken beginnt mit der Infragestellung der Wahrheit jedweder Nachrichten bzw. politischen Äußerungen.

Widerstand mit Gewalt gleichzusetzen ist unangemessen und unnötig zugleich. Widerstand beginnt beim Neinsagen zu Urteilen, Wertungen und Zumutungen. Das Nein muss laut und zahlreich sein; es muss von den jungen Generationen getragen und von dem Wissen der Älteren gestützt werden. Gesellschaftlicher Widerstand muss zudem ein ideales Ziel haben, ein Soziologe würde sagen, er muss von einer starken Erzählung, einem „Narrativ“, getragen und gestützt sein, von einem Ziel also, zu dem wir Ja sagen.

Wir sind in der glücklichen Lage, ein ethisch wünschbares Narrativ der politischen Gestalt der europäischen Gesellschaften lange schon zu besitzen. Und dies ist der absolute Vorrang der humanen, sozialen und demokratischen Leitwerte, die in unserer bundesrepublikanischen Verfassung vorbildlich niedergelegt sind und im Kern mit den universellen Menschenrechten übereinstimmen. Dieser Vorrang gilt gegenüber allen sogenannten Marktgesetzen. Der Vorrang gilt auch gegenüber allen Übergriffen der Technikwelt oder „künstlichen Intelligenz“. Es ist abstrus zu glauben, Menschen müssten eine angebliche Macht von Robotern über die Menschen akzeptieren, nur weil jene angeblich irgendetwas besser machen würden. Man könnte auch fordern: „Schießt die Roboter auf den Mond, dort können sie sich untereinander bekriegen, baut dort eure Staaten auf. In unseren Staaten in Europa bestimmen wir selbst und jagen all diejenigen zum Teufel, die sich Macht über uns anmaßen“. In unserem Narrativ gilt der ethische Grundsatz, dass Wirtschaft, Technik und Wissenschaft dem Menschen zu dienen haben und nicht umgekehrt.

Unser Narrativ erzählt, dass die Selbstbestimmung des Menschen nicht davon abhängt, ob etwas anderes mutmaßlich „besser“ über ihn bestimmen könnte als er selbst. Es gibt die marktkonforme Demokratie und die technikkonforme Demokratie so wenig wie es eine parteikonforme Demokratie in der DDR gegeben hatte; diese Bezeichnungen maskieren demokratiefeindliche Geisteshaltungen. Es ist umgekehrt: Der Markt, die Technik und die Parteien müssen demokratiekonform sein, Vorrang hat der Mensch. Und es kann nicht sein, dass die universellen Menschenrechte im Zeitalter des Terrorismus Sicherheitsbelangen im Wege stehen, wie es jüngst Theresa

May für möglich gehalten hat. Sie würde in diesem Fall offenbar sogar die Menschenrechte einschränken. Gegen solche Geisteshaltungen ist aktiver Widerstand Pflicht aller Demokraten.

Ein demokratischer Staat würde nicht seinen Umbau in einen Überwachungsstaat zulassen. Er würde weder die Korrespondenz seiner Bürger lesen noch ihr Tun und Treiben ausspionieren. Dies sagt der Schweizer Ökonom Marc Chesney und er zitiert den Artikel 12 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung oder seinen Schriftverkehr ausgesetzt werden.“ Und Chesney sagt über den Finanzkapitalismus, dass er die Krise verursacht hat, das Risiko und die Schäden aber den Steuerzahlern, den Rentnern und den Arbeitslosen zur Last gelegt werden. Besonders perfide ist es deshalb, wenn Wolfgang Gründinger mit seinem Buch „Alte Säcke Politik“ von den tatsächlichen Ursachen der prekären Zukunftsaussichten der nachfolgenden Generationen dadurch abzulenken versucht, dass er Jugend gegen Alter in Stellung bringt.

Die neo-digitale Revolution zielt auf die Usurpation unseres Landes in allen Lebensbereichen. Eine erfolgreiche Abwehr dieses Angriffs muss zuallererst alle Kräfte auf ein zentrales Thema konzentrieren. Und dieses Thema ist die vollständige Wiederherstellung unserer individuellen Freiheit, Identität und Entfaltungsmöglichkeit in unserer Privatsphäre und der Schutz der Kommunikations- und Verkehrswege jeglicher Art vor Einflussnahme durch monopolistische Konzerne oder imperialistische Staaten. Die Verhinderung des Diebstahls privater Daten trifft den Gegner an seiner empfindlichsten Stelle. Es ist der einzige Punkt, den die breite Bevölkerung direkt beeinflussen kann. Es ist völlig klar, dass sich zunächst die Großkonzerne Google und Facebook die privaten Daten von Hunderten Millionen von Menschen aneignen, wenn wir hier nicht massive Gegenwehr leisten.

Der einzige wirtschaftliche Reichtum im 21ten Jahrhundert, den die Masse der Menschen als persönliches Eigentum besitzt, sind eigene Entscheidungsdaten. Die Menschen sind Besitzer eines unermesslich wertvollen Produktionsmittels in Gestalt ihres Gehirnes, das diese Entscheidungsdaten unbegrenzt produzieren kann, wozu Roboter nicht in der Lage sind. Es ist extrem wichtig, dass die Menschen in allen Gesellschaften das unverschämte Ansinnen der IT-Wirtschaft und der aktuell regierenden Politiker an sie, sich den geistigen Rohstoff ohne Widerstand entwenden zu lassen, mit aller Macht zurückweisen. Die enteignende Ausbeutung dieses Rohstoffes durch global agierende Großkonzerne ist gleichbedeutend mit einer Kolonialisierung der Menschheit. Wenn den IT-Konzernen dieser Coup gelingt, werden die „Armen“ eines Tages zu Sklaven des 21ten Jahrhunderts degradiert worden sein; ein echtes déjà-vu-Erlebnis für Historiker, die Ähnliches aus dem 19ten Jahrhundert und früher kennen.

Die Schere der Zweiklassengesellschaft von Arm und Reich besteht aus den Allerreichsten und den Allerärmsten. Die Allerärmsten in der Welt sind nicht einfach diejenigen, die feststellen müssen, dass auf ihrem Bankkonto kein Euro verfügbar ist. Die Allerärmsten der Welt sind diejenigen, die zwar den wertvollsten und unerschöpflichsten Rohstoff des 21ten Jahrhunderts produzieren, diesen aber an Großkonzerne ausliefern, ohne dafür den lebensnotwendigen Gegenwert zu erhalten. Wir

sprechen von denjenigen, die Unbekannten erlauben, aus ihrer Privatsphäre private Daten abzusaugen, und deren Gehirne bereits von außen durchdrungen und gesteuert werden. Sie sind die Allerärmsten deshalb, weil sie die Privatsphäre und damit ihre Zukunft und ihre Würde verloren haben.

Solange keine Charta der digitalen Grundrechte wirksam verabschiedet ist, müssen die Bürger den Kampf gegen die Macht der multinationalen Konzerne selbst massenhaft führen. Die wirksamste Waffe wäre, die Verweigerung jeglicher Datenüberlassung und Beschreitung vielfältig dezentraler Kommunikationswege, sowie juristischer und demonstrativer Kampf. Zusätzlich muss die Entwicklung alternativer und sicherer Technologien initiiert werden.

Es gibt viele konservative Ansätze, die Datenüberlassung an IT-Konzerne und Überwachungsinstanzen zu unterbinden oder zumindest zu erschweren. Ich kaufe Bücher nur im Buchladen nach vorheriger Bestellung. Die Buchdaten erhalte ich von einzelnen konkreten Webseiten, aber selten mit allgemeiner Google-Suche. Bei Amazon wird nicht eingekauft. E-books werden nicht online gelesen, sondern auf einem PC, der vom Internet getrennt ist. Begriffe werden in speziellen Diensten wie Wikipedia, Duden oder Enzyklopädien nachgeschlagen. Ich benutze Mobilhandy und kein Smartphone. Mein Auto besitzt keine Internetverbindung. Vertrauliche Informationen verlassen meine Wohnung über Briefpost. Ich öffne nur Emails, die ich erwarte oder die sich aus Kontexten hinreichend erklären, Unverständliches wird vorab gelöscht. Anonyme Nachrichten, ob über Mail oder Telefon werden als nicht-existent behandelt. Die meisten Mailbox-Provider sollten gemieden werden, was aber schwierig ist. Literaturrecherchen erfolgen mit unterschiedlichen Suchdiensten, die möglichst mit Google nicht zusammenhängen. Auf meinem PC gibt es eine lokale Suchmaschine ohne Zugang zum Internet, die sämtliche privaten Dateien indiziert durchsuchen kann; für schriftstellerisch Tätige ist dies sehr effektiv. Ich nehme kleine Unannehmlichkeiten in Kauf, wenn dadurch Verkehrswege oder Kommunikationswege privat bleiben. Eingekauft wird meist mit Barzahlung. Fernsehen geschieht über Satellitenempfang. Dauerhafte Mailkontakte sollte man verschlüsselt betreiben. Und in der Wohnung kommen schließlich keine Haushaltsgeräte mit Internetverbindung zum Einsatz. Mit Problembewusstsein kann man kreativ werden!

Sieht man einmal von gelegentlichem Bezug von hilfreichen, aktuellen Informationen ab, dann könnten Privatpersonen einem Ratschlag von Hans Magnus Enzensberger bzw. dessen zehn Regeln für die digitale Welt folgen und beispielsweise ohne wesentliche Einbußen komplett auf das Smartphone (im Unterschied zum Handy) verzichten. Die Möglichkeit, dies zu tun, hätten sie jedenfalls. Es nicht zu tun, wäre häufiger eine Bequemlichkeits- und weniger eine Machtfrage. Wenn allgemein bewusst wird, dass jegliche privaten Daten wertvoller Rohstoff sind, dann wird sich der Wille zum Eigentum mächtig zeigen. Spätestens dann werden die Leute einsehen, dass es auch nicht um die Frage geht, ob man etwas zu verbergen hat, sondern um die Frage, ob man bestohlen werden will.

Wir müssen uns bewusst bleiben, dass der durch die neo-digitale Revolution betriebene Angriff nicht nur dem Individuum als Inhaber einer Privatsphäre und eines unerschöpflichen geistigen Rohstoffes gilt. Der Angriff gilt auch dem Individuum als einem arbeitenden Menschen, der seinen Sinn und Wohlstand in seiner eigenen Lei-

stung und Arbeit sehen will, es geht um die Teilhabe am Wohlstand, am Gewinn und den Erträgen einer Werte produzierenden Gesellschaft. Und es geht nicht nur um die Teilhabe an denjenigen Erträgen, die aktuell durch Arbeit verdient werden, sondern auch um Teilhabe an den Errungenschaften, die unsere Vorfahren uns als Wissensgut in den Wissenschaften vererbt haben, z. B. das gesamte Wissen in der Computerwissenschaft. Insbesondere ist das durch freie Wissenschaften entwickelte öffentliche Wissen durch Privatisierung bedroht, wie Colin Crouch in seinem im Jahr 2015 erschienenen Buch gezeigt hat.

Wir haben also allen Grund, uns gewissenhaft die Frage zu stellen, ob wir uns nicht umfassend auf die Grundwerte unseres Staates neu besinnen müssen. Das Grundgesetz beinhaltet in vorbildlicher Weise ein Spektrum von aufeinanderbezogenen Grundwerten auf der Grundlage der Menschenrechte. Die Weiterentwicklung der Interpretation des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht ist ein Stabilitätsanker der politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Die Prägung des Begriffs des Grundrechts der informationellen Selbstbestimmung war ein Meilenstein (1983) der Entfaltung der Grundrechte. Der Schutz der Privatsphäre hat seither Gewicht.

Harold Pinter hatte kurz vor seinem Tod Worte gefunden, die in ergreifender Weise ausdrücken, welche Verpflichtung uns allen zufällt:

„Ich glaube, dass den existierenden, kolossalen Widrigkeiten zum Trotz die unerschrockene, unbeirrbar, heftige intellektuelle Entschlossenheit, als Bürger die wirkliche Wahrheit unseres Lebens und unserer Gesellschaften zu bestimmen, eine ausschlaggebende Verpflichtung darstellt, die uns allen zufällt. Sie ist in der Tat zwingend notwendig. Wenn sich diese Entschlossenheit nicht in unserer politischen Vision verkörpert, bleiben wir bar jeder Hoffnung, das wiederherzustellen, was wir schon fast verloren haben – die Würde des Menschen.“

Die Frage, ob wir eine „Soziale Reformation“ brauchen, beantworte ich für mich mit einem eindeutigen Ja. Wir brauchen eine *Soziale Reformation* als eine Rückbesinnung und Verpflichtung auf die gemeinsamen Werte unserer Verfassung wie auch die gemeinsamen europäischen Werte. Im Unterschied zur ersten Reformation vor 500 Jahren ist die Soziale Reformation nicht gegen eine Kirche gerichtet, sondern sie sollte die Unterstützung von beiden Kirchen erhalten, da diese zu den wenigen starken Institutionen gehören, die den europäischen Werten nahestehen.

Die politische Aufgabe einer Sozialen Reformation ist das couragierte offene Eintreten für die Grundwerte unserer Verfassung und der Kampf gegen ihre neoliberale Umdeutung oder Aushebelung. Freiheit verlangt die Anstrengung, sie nicht zu verlieren. Wie wir leben wollen, ergibt sich durch das demokratische kreative Zusammenwirken unserer Bürger, die sich innerhalb unseres Staates wirtschaftlich und kulturell entfalten. Es ist eine gemeinsame Aufgabe der Bürger, sowohl die souveränitätsgefährdenden Angriffe durch „multinationale Großkonzerne“ als auch die politischen Bestrebungen des Ausbaus zum Überwachungsstaat abzuwehren.